

# Inhalt

<b>1</b>	<b>Einleitung</b>	<b>7</b>
<b>2</b>	<b>Versuch einer Ursachenanalyse der Kluft zwischen Bürgern und Politik</b>	<b>9</b>
2.1	Rückblick auf die Entstehung der Demokratie in Europa	9
2.2	Der zwischenzeitliche politische und gesellschaftliche Wandel	10
2.2.1	Wandlungen im staatlichen Gefüge	11
2.2.2	Strukturelle Wandlungen im politischen System	11
2.2.3	Kulturelle Entfremdung	13
2.2.4	Die Ausbreitung des rationalen Denkens	14
2.2.5	Der gesellschaftliche Wertewandel	15
2.3	Folgen konträrer Trends bei den politisch-administrativen Eliten	21
2.4	Problemdiagnose: Der „Teufelskreis“ des gegenseitigen Misstrauens	22
<b>3</b>	<b>Systematisierung und Verstetigung lokaler Bürgerbeteiligung als Lösungsansatz</b>	<b>25</b>
3.1	Schwerpunktsetzung 1: Beteiligung auf kommunaler Ebene	25
3.1.1	Theoretische Argumente zur Notwendigkeit von mehr lokaler Bürgerbeteiligung	25
3.1.2	Empirische Befunde zur Rolle der lokalen Politik in den Augen der Bürger	26
3.1.3	Empirische Befunde zum Vertrauen in die lokale Ebene	28
3.1.4	Empirische Befunde zum Zusammenhang politischer Einstellungen	31
3.1.5	Kritische Gegenargumente	31
3.1.6	Zusammenfassung: Gerade lokale Beteiligungspotenziale sind zu nutzen	32
3.2	Schwerpunktsetzung 2: „Realistische“ Bürgerbeteiligung	34
3.2.1	Abgrenzung von utopischen Konzepten	34
3.2.2	Abgrenzung von fiktiven Konzepten	38
3.2.3	„Bürgerbeteiligung light“ als Problem	40
3.3	Gestaltungsmerkmale eines systematisierenden und verstetigenden Bürgerbeteiligungskonzeptes	42
3.3.1	Vorbedingung: Gewährleistung einer kooperativen Win-Win-Win-Situation	42
3.3.2	Kooperative statt „informale“ Beteiligung	43
3.3.3	Kooperative Bürgerbeteiligung: Die Sicht der Bürgerinnen und Bürger	45
3.3.4	Kooperative Bürgerbeteiligung: Die Sicht der Entscheider	59
3.3.5	Ergänzung: Erübrigung von Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden durch systematische und verstetigte Bürgerbeteiligung	65

<b>4</b>	<b>Praxisbeispiel: Der Leitfaden für mitgestaltende Bürgerbeteiligung in der Stadt Heidelberg</b>	<b>69</b>
4.1	Der Prozess der Entwicklung von Leitlinien für Bürgerbeteiligung	69
4.2	Wesentliche Gestaltungsmerkmale der Leitlinien für Bürgerbeteiligung der Stadt Heidelberg	73
<b>5</b>	<b>Ergänzungen: Zur praktischen Gestaltung von Bürgerbeteiligungskonzepten</b>	<b>91</b>
5.1	Gestaltungsmerkmale sind nicht gleich Qualitätskriterien	91
5.2	Strategische Promotoren und kompetente Koordination	93
5.3	„Trialogische“ Konzepterarbeitung unter praktischen Bedingungen	95
5.4	Zielabklärung als unabdingbares Erfordernis	97
5.5	Qualität der Beteiligungsprozesse: Umsetzungsprobleme und „gute Praxis“	98
5.6	Akteurs- und Interessenanalyse	101
5.6.1	Ziel und Notwendigkeit einer Akteurs- und Interessenanalyse	101
5.6.2	Das methodische Vorgehen bei der Akteurs- und Interessenanalyse	102
5.6.3	Ein Fallbeispiel	104
5.7	Organisationspraktische Überlegungen zur begleitenden Mitwirkung von Bürgern an Projekten	106
5.7.1	Umsetzungsprobleme der unmittelbaren Mitwirkung von Bürgern	106
5.7.2	Integriertes Beteiligungs- und Projektmanagement als Lösungsperspektive	108
5.7.3	Zwischenfazit: Chancen projektbegleitender Bürgerbeteiligung aus organisationspraktischer Perspektive	113
5.7.4	Organisationspraktische Konkretisierungen	114
5.8	Rechtlich bedingte Grenzen der Bürgerbeteiligung	116
5.8.1	Rechte privater Investoren und der Umgang mit ihnen	116
5.8.2	Das Problem der städtischen Beteiligungen	118
5.8.3	Hürden in den Vorschriften zu Planungs-/Architektenwettbewerben	119
5.9	Abschließende Betrachtung: Interessenkonflikte, Beteiligungskultur und das Bekenntnis zur repräsentativen Demokratie	120
5.9.1	Bürgerbeteiligung löst keine grundlegenden Interessenkonflikte	120
5.9.2	Vorabklärung der vorhandenen Beteiligungs- und Entscheidungsspielräume	121
5.9.3	Ungleiche Stärke von Interessen und deren Berücksichtigung	122
5.9.4	Einbettung in eine umfassendere Beteiligungskultur	122
5.9.5	Mehr Bürgerbeteiligung ersetzt nicht die repräsentative Demokratie	124
	Literatur	127
	Verzeichnis der Abbildungen und Tabellen	131